

**WIR FORDERN
ALLE
GEMEINSAM:
SOZIALEN
ZUSAMMEN-
HALT
ERHALTEN!**



**FINGER WEG
VOM SOZIALETAT**

Die vorgesehenen Kürzungen im Sozialhaushalt der Stadt Wiesbaden in Höhe von mehr als 50 Mio. Euro für den Haushalt 2024/25 haben aus Sicht zahlreicher Träger, Einrichtungen, Vereine, Verbände und Elternvertretungen gravierende Auswirkungen auf das soziale Gefüge der gesamten Stadtgesellschaft.

Wir erwarten, dass bei notwendigen Haushaltskürzungen der Sozialhaushalt gesondert berücksichtigt wird. Anderenfalls droht das Wegbrechen einer elementaren Säule der Prävention und Sozialen Arbeit in dieser Stadt mit gravierenden Konsequenzen für alle:

Unsere Gesellschaft ist ohnehin durch Spannungen geprägt: Pandemiefolgen, Inflation, die Krise am Wohnungsmarkt und reale Einkommensverluste verursachen Zukunftsängste und existenzielle Notlagen. Das Wegbrechen sozialer Sicherungssysteme verstärken diese Belastungen.

Wir alle sind Wiesbaden!

Die Stadt Wiesbaden braucht ein funktionierendes Sozialsystem! Das sichern die Träger der Sozialen Arbeit.

Krisenfeste Haushaltsführung!

Wir fordern eine veränderte Haushaltsplanung. Die Vielfalt der sozialen Landschaft darf nicht abhängig von der jeweiligen Steuerschätzung sein. Ca. 80% des Sozialhaushaltes sind gesetzlich vorgeschriebene Leistungen. Die sogenannten freiwilligen Leistungen sind kein extra „Luxus“, sondern dringend erforderliche Maßnahmen zum Erhalt der sozialen Struktur unserer Stadtgesellschaft.

Familien entlasten – nicht belasten!

Die angekündigten Kürzungen im Bereich der Kinderbetreuung (Erhöhung der KiTa-Beiträge/ Nachmittagsbetreuung an Schulen), die Schließung von Jugendzentren, Kürzung der Stellen bei Kinder-Eltern-Zentren, treffen alle Eltern, Kinder und Jugendliche.

- Betroffene Eltern können sich die Betreuung in Kita und Schule nicht mehr leisten. Dadurch stehen sie dem Arbeitsmarkt nicht mehr zur Verfügung.
- Die Entwicklungsförderung und außerschulische Bildungsförderung in Bezug auf den hessischen Bildungs- und Erziehungsplan für Kinder in den Betreuungseinrichtungen fallen weg.
- Das gleiche gilt für die offene Jugendarbeit u.a. in den Jugendzentren, wo Jugendliche einen Ort haben, an dem sie Partizipation, Teilhabe, außerschulische Bildungs- und Freizeitangebote mitgestalten. Hier finden sie in den Fachkräften ebenfalls Ansprechpartner:innen für ihre altersspezifischen Fragen und Themen.
- Begegnungs- und Bildungsorte, wie z.B. niederschwellige Familien- und Elternbildung sowie Orte der Sozial- und Lebensberatung, wirken Isolation und Ausgrenzung entgegen, fördern Integration und sozialen Zusammenhalt und unterstützen in Krisensituationen.

Pandemiefolgen bekämpfen - nicht festigen!

Der Bestand der derzeitigen Regelangebote ist die beste Bewältigung der Pandemiefolgen gerade bei Kindern, Jugendlichen und alten Menschen. Wir wissen aus wissenschaftlichen Studien, dass diese Altersgruppen ganz besonders unter den Folgen der Isolierung und der stark eingeschränkten Interaktionen gelitten haben. Ängste, Depressionen, Übergewichtigkeit haben unter Kinder und Jugendlichen stark zugenommen.

Sie brauchen stabile und verlässliche Strukturen und eine Stadtgesellschaft, die sich ihnen fürsorglich zuwendet. Gemeinwesenansätze und andere innovative Ansätze in der sozialen Arbeit entwickeln in vielfältigen Netzwerken Ideen für gesellschaftliche Fragen und Probleme.

Wir werden alle alt!

Wir leben in einer älter werdenden Gesellschaft. Die Zahl der Senior:innen und pflegenden Angehörigen wird in den kommenden Jahren weiter steigen. Wir werden absehbar mehr niederschwellige Angebote für ältere Menschen benötigen - nicht weniger! Es ist eine gesellschaftliche Aufgabe, Isolation und Einsamkeit entgegenzuwirken.

Ältere Menschen benötigen wohnortnahe Treffpunkte zur sozialen Interaktion und Hilfen, die zu körperlichen und geistigen Aktivitäten anregen und fördern. Weiter ist es wichtig nachbarschaftliche Netzwerke zu schaffen um ein möglichst langes und selbstbestimmtes Leben im gewohnten Umfeld zu gewährleisten. Dies wird umso wichtiger da bereits jetzt schon absehbar ist, dass die Versorgung durch professionelle Dienste in der ambulanten und stationären Pflege zukünftig weder finanziell noch personell, bedingt durch den Fachkräfte Mangel, umfänglich gewährleistet ist.

Fachkräfte halten!

Die jetzt angekündigten Kürzungen im Sozialbereich haben bei Mitarbeitenden bereits für große Verunsicherung gesorgt. In einem offenen Arbeitsmarkt orientieren sich Mitarbeitende schnell um und suchen sich neue Arbeitsplätze, die ihnen mehr Sicherheit bieten. Offene Stellen können bereits jetzt nicht adäquat besetzt werden. Vorhandene Qualitätsstandards gehen verloren.

Kürzungsankündigungen in einer solchen Dimension werden von den Mitarbeitenden im Sozialbereich zurecht als ein grundsätzliches Infrage stellen ihrer Arbeit und dem Wert ihrer Profession wahrgenommen.

Strukturen und Netzwerke Sozialer Arbeit erhalten!

In Wiesbaden wurde in den vergangenen Jahren die Grundlage für die herausragenden (Präventions-) Leistungen für die Menschen in Wiesbaden in der sozialen Arbeit und im Integrations-, Kultur- und Gesundheitsbereich geschaffen. Es wird regelmäßig in Ausschüssen und Gremien detailliert die Wirksamkeit hinsichtlich des Erreichens der Zielgruppen und der mit den Angeboten intendierten Ziele dargestellt.

Für alle Träger sind kurzfristige massive Kürzungen planerisch und wirtschaftlich nicht abzubilden. Insbesondere freie Träger sehen sich einem immensen betriebswirtschaftlichen Risiko ausgesetzt, bei dem der Kostendruck allein beim Freien Träger verbleibt. Gemeinnützige Organisationen können anders als privatwirtschaftliche Unternehmen kaum Rücklagen für Krisensituationen bilden. Sie können die steigenden Kosten auch nicht an ihre Klient:innen weitergeben. Die Schließung von Einrichtungen und einzelnen Bereichen steht daher zu befürchten.

Kürzungen rechnen sich nicht!

Kürzungen im Sozialbereich produzieren sehr hohe Folgekosten! Die Folgen gerade für sozialbenachteiligte Bevölkerungsgruppen sind gravierend. Dem Wiesbadener Prinzip „Ungleiches mit Ungleichen behandeln“ wird mit den geplanten Kürzungen komplett widersprochen. Die Auswirkungen auf unsere Gesamtgesellschaft von Morgen sind weitreichend.

Fördermittel nicht verschenken!

Landes- und Bundesmittel sind oftmals an Gegenfinanzierungen seitens der Kommune oder des Trägers geknüpft. Der Wegfall von Angeboten wird damit nochmals potenziert. Da viele Träger hier in Wiesbaden lokal tätig sind, ist ihre Abhängigkeit im Verhältnis zur Stadt Wiesbaden besonders hoch.

Antidemokratische Tendenzen verhindern!

Unsere Aufgabe besteht darin das Gemeinwesen zu stärken, demokratische Strukturen zu fördern, die Folgen von Armut zu lindern und abzubauen, Integration und Chancengleichheit zu erhöhen und Perspektiven für ein gelingendes Miteinander in der Stadtgesellschaft aufzuzeigen.